

Haushaltswurf 2024
– Haushaltsrede des Landrats –
in der Sitzung des Kreistags am
12. Dezember 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Folie 1: Deckblatt

Folie 2: Herausforderungen und Rahmenbedingungen

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,

mit dem Haushalt 2024 setzen wir gemeinsam die Leitplanken für die Kreispolitik des nächsten Jahres. Die Voraussetzungen und Gegebenheiten hierfür könnten anspruchsvoller und ungewisser kaum sein. Der Handlungsspielraum für die Politik wird für unser Land und unseren Landkreis deutlich eingeschränkt werden. Nach einer mehr als zehnjährigen stetigen Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen seit der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 verschlechtert sich die kommunale Haushaltslage zusehends. Zwei Kriege in der Ukraine und Nahost, der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen und die finanziell nur unzureichend kompensierten Umbrüche im Sozialbereich spielen in einem Ausmaß in die Kreisfinanzen hinein, wie wir es bisher noch nicht gekannt haben.

Konnten sich die Landkreise in früheren Jahren mit einer zweijährigen „Vorwarnzeit“ auf finanzielle Engpässe vorbereiten, so erleben wir jetzt eine Asymmetrie in der kommunalen Familie. Ging es den Städten und Gemeinden finanziell gut und stiegen die Steuerkraftsummen, so partizipierte auch der Landkreis zwei Jahre später von dieser positiven Entwick-

lung. Doch nun sehen wir einer neuen Realität entgegen, deren Vorboten sich in den unterjährigen Finanzzwischenberichten für dieses Haushaltsjahr durch finanzielle Eintrübungen im Kreishaushalt bereits ankündigten. Wir werden mit einem deutlich schlechteren Ergebnis 2023 abschließen, als dies ursprünglich geplant war.

Folie 3: Kommunale Familie

Während die Steuerkraftsummen bei den Städten und Gemeinden immer noch ansteigen, werden die finanziellen Rahmenbedingungen der Landkreise weiter durch gesetzliche Vorgaben – Stichwort BTHG – und die Unterfinanzierung kommunaler Krankenhäuser in massivem Umfang limitiert. Die strauchelnde Baukonjunktur und das hohe Zinsniveau lassen die Erträge aus der Grunderwerbsteuer drastisch zurückgehen und tragen maßgeblich dazu bei, dass wir auch im kommenden Haushalt mit einem negativen ordentlichen Ergebnis planen müssen. Nach aktuellen Informationen des Landkreistags müssen 27 von 35 Landkreisen eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes vorsehen. Unser Landkreis benötigt erstmals seit 18 Jahren eine Anhebung des Hebesatzes. Im Vorfeld hatten wir alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die uns zur Verfügung stehen: Einsparpotentiale wurden in allen Dezernaten identifiziert und eingeplant, die Haushaltsansätze wurden anhand optimistischer Annahmen so positiv wie gerade noch vertretbar eingestellt und der Personalbestand verharret trotz steigender Anforderungen auf einem Mindestmaß. Dennoch schaffen wir den Haushaltsausgleich nicht. Als wäre dies noch nicht genug, sind wir nach 16 Jahren der konsequenten Schuldenrückführung um mehr als 40 Mio. € gezwungen, eine Nettoneuverschuldung von 4 Mio. € einzuplanen.

Meine Damen und Herren, das Bild der Finanzsituation des Landkreises ließe sich so zusammenfassen: Fern von dem üblichen „Auf und Ab“ droht eine drastische Abwärtsspirale.

Lassen Sie uns die wesentlichen Eckpunkte unseres Haushaltsplans beleuchten. Detaillierte Informationen können Sie den Erläuterungen zum Haushaltsplan entnehmen.

Folie 4: Ergebnishaushalt 2024

Für das kommende Haushaltsjahr planen wir mit einem Haushaltsvolumen von rd. 360 Mio. €. Innerhalb der vergangenen vier Haushaltsjahre wuchsen die Aufwendungen um rd. 100 Mio. €. Allein 55 Mio. € des Zuwachses seit 2020 werden durch steigende soziale Leistungen verursacht. Natürlich müssen diese Aufwendungen auch finanziert werden.

Wesentliche Ertragsquellen stellen die Schlüsselzuweisungen, die Grunderwerbsteuer und die Kreisumlage dar. Basis für die Kreisumlage stellen die Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden des vorvergangenen Jahres dar, die für das Planjahr landesweit eine Steigerung von rd. 9 % erfahren. Der Landkreis Rastatt profitiert von dieser Entwicklung, da die maßgeblichen Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Kommunen um rd. 46 Mio. € steigen. Angesichts dieser positiv anmutenden Entwicklung ist es umso dramatischer, dass es selbst bei einer notwendigen Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes auf 30 % nicht gelingt, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Zusätzlich war es erforderlich, einen globalen Minderaufwand einzuplanen, dessen Erwirtschaftung auch zu Lasten des Budgets der kreiseigenen Schulen, der Unterhaltung der Gebäude und der weiteren Infrastruktur des Landkreises geht.

In der Haushaltsplanung 2024 haben wir gemeinsam mit der gesamten Verwaltung alle Anstrengungen unternommen, den Finanzbedarf des Kreises auf das notwendige Minimum zu beschränken. Ein deutliches Zeichen hierfür sind die auf Kante genähten Ansätze in der Sozial- und Jugendhilfe, die reduzierten Investitionen im Hochbaubereich und der globale Minderaufwand, den wir in zahlreichen Budgets erwirtschaften müssen.

Darüber hinaus haben wir überaus optimistische Ertragsansätze beim BTHG und dem Rechtskreiswechsel für ukrainische Geflüchtete geplant.

Meine Damen und Herren,

ausschließlich für diese beiden Bereiche unseres Sozialhaushalts haben wir in Abstimmung mit dem Landkreistag und den anderen Kreisen im Regierungsbezirk zahlungswirksame Erträge von rd. 10 Mio. € geplant, ohne eine Finanzierungszusage des Landes zu haben. Wir gehen hier im wahrsten Sinne „All-In“ und müssen hoffen, dass der Landesgesetzgeber seinen konnexitätsbedingten Verpflichtungen nachkommt. Dennoch erwarten wir im Ergebnishaushalt 2024 ein negatives, ordentliches Ergebnis von 6 Mio. €.

Folie 5: Finanzhaushalt 2024

Im **Finanzhaushalt** erwirtschaften wir einen Zahlungsmittelüberschuss von lediglich 450.000 € und somit nur einen kleinen Teil unserer Tilgung von rd. 3,5 Mio. €. Unsere Auszahlungen für Investitionen liegen mit rd. 23 Mio. € zwar auf einem Rekordniveau, was jedoch hauptsächlich auf den Investitionszuschuss von 6 Mio. € zur Unterstützung unseres Klinikums Mittelbaden zurückzuführen ist. Mit diesem gleichen wir die man-

gelnde Krankenhausfinanzierung des Landes aus den Jahren 2017 bis 2022 aus. Darüber hinaus investieren wir mit Augenmaß in unsere kreis-eigene Infrastruktur, von der vor allem die Städte und Gemeinden und deren Bürgerinnen und Bürger profitieren, und machen dort weiterhin unsere Hausaufgaben. All das tun wir, um der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen gerecht zu werden. Doch daran heftet auch ein großes Preisschild, das sich im kommenden Haushaltsjahr nur mit einer Kreditaufnahme von 7,5 Mio. € finanzieren lässt. Weitere 3,6 Mio. € müssen wir trotz der Kreditermächtigung dem Zahlungsmittelbestand entnehmen. In dieser prekären Haushaltsslage zeigt sich einmal mehr, dass die bisher praktizierte, konsequente Rückführung der Verschuldung des Kreishaushalts absolut richtig war.

Schauen wir nun auf die wesentlichen Herausforderungen unseres Kreishaushalts.

Folie 6: Status Quo Klinikum Mittelbaden

Beim Klinikum Mittelbaden unterstreiche ich an dieser Stelle, dass wir uns als Hauptgesellschafter zu unserem Klinikum in kommunaler Trägerschaft bekennen. Ich möchte diese Aussage nicht nur als politisches Bekenntnis verstanden wissen, sondern als wichtiges und wertschätzendes Signal an die Beschäftigten und die Geschäftsführung unseres Klinikums, die sich tagtäglich für die bestmögliche medizinische Versorgung unserer Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen. Wir stehen auch in schwierigen Zeiten als verlässlicher Partner zu unserem Klinikum!

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser alarmierend ist. Die unzureichende Krankenhausfinanzie-

rung durch Bund und Land führt zu horrenden Defiziten, die schlussendlich durch die kommunalen Haushalte zu decken sind. Wir, die Kommunen, treten hier als unzuständige Ausfallbürgen ein, was auch uns auf Dauer überfordert. Die Gesellschafter werden in der Pflicht sein, anfallende Betriebsverluste auszugleichen. Hierfür stellen wir als Landkreis im kommenden Jahr 5,7 Mio. € bereit.

Neben diesen alle treffenden Herausforderungen bedürfen bei uns Brandschutzthemen, dringend notwendige Investitionen in die Bestandsgebäude und unausweichliche Instandhaltungsmaßnahmen weiterer finanzieller Anstrengungen, denen wir mit einem Investitionszuschuss aus dem Kreishaushalt von 6 Mio. € nachkommen. Von 2016 bis 2023 haben wir unserem Klinikum Mittelbaden bereits 38,8 Mio. € zur Verfügung gestellt. Im Planjahr 2024 und den Finanzplanungsjahren bis 2027 werden weitere 47,7 Mio. € in Gestalt von Verlustausgleichen und Investitionszuschüssen folgen müssen, um den Betrieb unserer Krankenhäuser zu sichern.

Das Klinikum Mittelbaden hat auf Basis seiner Strategie KMB 2025 Maßnahmen initiiert, wodurch sich das Plandefizit um bis zu 11 Mio. € verbessern könnte. Bestandteil dieses Maßnahmenpakets ist die Konzentration von Leistungen und die Verlagerung von Behandlungsangeboten, wie beispielsweise die eben beschlossene/diskutierte Schließung der Notaufnahme in Bühl.

Folie 7: Nettoressourcenbedarf Sozial- und Jugendhilfe

Nun komme ich zu einem weiteren wesentlichen Einflussfaktor auf unseren Kreishaushalt – dem Sozialhaushalt. Bei den Sozialleistungen handelt es sich um gesetzliche Ansprüche, deren Auswirkungen auf den Kreis-

haushalt weder disponibel noch verhandelbar sind. Getrieben von gesetzlichen Ansprüchen und gesellschaftlichen Veränderungen steht dieser Bereich alljährlich im Fokus der Kreispolitik.

Gegenüber dem Vorjahr steigt unser Nettoressourcenbedarf für Soziales und Jugendhilfe um 16,8 Mio. € auf 127,5 Mio. €. Angestoßen wird diese Entwicklung wesentlich durch die neu geregelte Eingliederungshilfe und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Treiber der Kostenexplosion sind zum einen Tarifsteigerungen für das Personal in den Einrichtungen. Zum anderen sieht der Landesrahmenvertrag ein noch stärker an den Bedarfen der Leistungsempfänger ausgerichtete Angebot vor, was mit erheblichen Mehraufwendungen verbunden ist. Es bleibt jedoch die Frage offen, wer am Ende die Kosten bezahlt. Wir setzen große Hoffnung auf die Verhandlungen in der Gemeinsamen Finanzkommission. Das Land darf die Landkreise angesichts dieser besorgniserregenden Mehrbelastungen nicht im Regen stehen lassen. Um uns an dieser Stelle aber auch ehrlich zu machen, muss ich auf das gewichtige Risiko für den Kreishaushalt hinweisen. Sollte das Land den Forderungen der Landkreise nicht nachkommen, dann wird dies immense Auswirkungen auf den Finanzbedarf des Landkreises entfalten. Ein Nachtragshaushalt wäre dann nicht ausgeschlossen.

Folie 8: Transferaufwendungen Soziales

Doch nicht nur die Veränderungen innerhalb der Eingliederungshilfe belasten das Ergebnis. Die Erhöhung von Ansprüchen beim Wohngeld, der Hilfe zur Pflege, dem Bürgergeld sowie beim Rechtskreiswechsel im Asyl- und Sozialrecht tragen ebenfalls zu dieser Kostensituation bei. Am Beispiel der Hilfe zur Pflege lassen sich diese Entwicklungen anschaulich darstellen: Die gesetzlich vorgeschriebene Tarifbindung der Einrichtungen im Be-

reich Hilfe zur Pflege ist grundsätzlich zu begrüßen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass dies zu einer Vielzahl von neu zu verhandelnden Pflegegesetzen führt. Die Begrenzung des Eigenanteils im SGB XI hat zwar eine deutliche Reduzierung der Nettoaufwendungen zur Folge. Allerdings konnten damit die tarifgebundenen Kostensteigerungen nicht vollends abgedeckt werden. Fazit: Insgesamt erhöhen sich durch diese Entwicklung unsere Nettoaufwendungen um 1,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, welchen Wechselwirkungen unser Kreishaushalt durch gesetzliche Änderungen unterworfen ist. Bei alledem gilt aber auch, dass hinter all diesen sozialen Leistungen Schicksale und Menschen stecken. Menschen, die dringend unsere Hilfe brauchen.

Folie 9: Flüchtlingsunterbringung und SGB II, Rechtskreiswechsel

Eine ähnliche Zunahme stellt sich im zentralen Handlungsfeld der Flüchtlingsunterbringung ein. Wir gehen von konstant hohen Aufwendungen und Zugangszahlen aus, was die ohnehin anspruchsvolle Aufgabe nicht leichter macht.

In der vorläufigen Unterbringung verlassen wir uns weiterhin auf das Land als fairen Partner und rechnen auch zukünftig mit einer vollständigen Kostenerstattung. Sorgen bereitet allerdings, dass das Land zur einer Pauschalenabrechnung zurückkehren möchte. Dadurch würde den Landkreisen durch die langfristigen Verpflichtungen aus Mietverträgen ein erhebliches finanzielles Risiko entstehen. Diese Gedankenspiele sollten dringend verworfen werden. In der Anschlussunterbringung tun wir unser Bestes, um die kreisangehörigen Kommunen bei dieser Mammutaufgabe zu unterstützen. Entsprechendes fordern wir von unserer Landesregierung. Auch hier erwarten wir weiterhin eine anteilige Kostenerstattung

der Nettoaufwendungen und haben eine Erstattung von rund 70 % der Asylbewerberleistungen eingeplant.

Mit diesen Darstellungen haben Sie einen Eindruck erhalten, welche Herausforderungen auf meine Mitarbeitenden in der Landkreisverwaltung warten. Und zu diesen möchte ich jetzt kommen:

Folie 10: Verwaltung

Unsere Verwaltung befindet sich in einem stetigen Wandel. Der „neue“ Normalbetrieb findet in Zeiten großer Volatilität, Unsicherheit und einer noch nie dagewesenen Komplexität statt. Ein Grund dafür ist die Zunahme der Aufgaben, Regelungen und Anforderungen, die uns Gesetzgeber, Ministerialverwaltung und Rechtsprechung bescheren. Das bedeutet, dass wir uns gut überlegen müssen, wie wir auf diese Entwicklungen reagieren. Nichtstun in der Hoffnung, dass Stuttgart, Berlin oder Brüssel uns entlasten, erscheint mir jedenfalls keine zielführende Strategie zu sein. Daher werden wir noch stärker als bisher Prioritäten setzen müssen. Gemeinsam mit meinen Mitarbeitenden möchte ich nach Aufgaben und Abläufen suchen, die idealerweise weggelassen, mindestens aber vereinfacht werden können. Wir wollen uns kontinuierlich verbessern und Effizienzpotenziale bergen. Ich bin davon überzeugt, dass wir der aktuellen Situation nur dann Herr werden, wenn wir selbst die Zügel in der Hand halten und gestalten.

Folie 11: Personalaufwendungen

Bevor wir einen Blick auf den Personalhaushalt werfen, ist es mir ein wichtiges Anliegen, meinen Mitarbeitenden zu danken. Für das uneingeschränkt große Engagement der Belegschaft unseres Landratsamts bin ich

sehr dankbar. Mit Kompetenz, Einsatzbereitschaft und einer großen Portion Verantwortungsbewusstsein arbeiten wir tagtäglich am Erfolg unseres Landkreises.

Doch nun zu den Zahlen: Die Personalaufwendungen steigen um 8,7 % auf rund 78 Mio. €. Der außergewöhnliche Tarifabschluss und die Besoldungsentwicklungen machen nahezu 58 % des Personalmehraufwands aus. Und doch bleibt festzuhalten, dass dieser Anstieg hinter der durchschnittlichen tarifbezogenen Entwicklung von 9,7 % aufgrund des TVöD-Tarifabschlusses zurückbleibt. Auch im Vergleich zu anderen Landkreisen in unserem Regierungsbezirk schneiden wir mit unserem Personalmehrbedarf durchaus moderat ab. Die Ausbildung im und Bindung junger Menschen an das Landratsamt ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor in der Begegnung des Fachkräftemangels.

Folie 12: Klimaschutz

Mit Blick auf die nachfolgenden Generationen kommt unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle zu, unsere begrenzten Ressourcen auf diesem Planeten zu erhalten. Die Unterstützung des Klimaschutzpaktes Baden-Württemberg ist nur ein Schritt, welchen der Landkreis beim Thema Klimaschutz geht. Durch die Schaffung einer vom Bund geförderten Stelle für die Klimaschutzkoordination haben wir unsere personellen Ressourcen für den Klimaschutz erweitert. Für das Teil-Klimaschutzkonzept, von dem auch unsere kreisangehörigen Kommunen profitieren sowie die Klimaschutzkonzeption des Landkreises haben wir 83.000 € eingeplant. Weiter erhalten wir beim Klimaschutz einen gehörigen Schub durch die Teilnahme am European Energy Award. Und zu guter Letzt haben wir im vergangenen Winter durch vorausschauende und maßvolle Anpassungen den Energieverbrauch unserer landkreiseigenen Gebäude um 27 % reduziert.

Die Tendenz für dieses Jahr sieht auch positiv aus. Den eingeschlagenen Weg wollen wir konsequent weitergehen und hierbei spielt die Energiegewinnung aus Photovoltaik eine wichtige Rolle. Denn sowohl in den Sektoren Wärme und Versorgung, als auch in der Industrie wird Strom aus erneuerbaren Energien benötigt. Derzeit sind auf kreiseigenen Gebäuden 23 PV-Anlagen installiert. Mit unserem Leuchtturmprojekt „Solarcampus Bühl“, für das wir 1,3 Mio. € investieren und weiteren PV-Anlagen auf Kreisliegenschaften machen wir den Landkreis fit für die Zukunft. Insgesamt streben wir eine installierte Leistung von ca. 1 Megawatt-Peak an, die unsere eigene Stromproduktion auf rd. 1 Mio. kWh pro Jahr ansteigen lässt. Vom erzeugten PV-Strom können wir rd. 76 % selbst verbrauchen. Zusätzlich bereiten wir uns personell und institutionell darauf vor, die anstehenden Genehmigungsverfahren im Bereich der erneuerbaren Energien effizient durchführen zu können. Klimaschutz und damit verbundene Energiefragen spielen auch in einem weiteren Handlungsfeld des Landkreises Rastatt eine Schlüsselrolle: der Mobilität und dem damit verzahnten ÖPNV.

Folie 13: ÖPNV

Gemeinsam mit unserem Partner KVV und den Beförderungsunternehmen arbeiten wir intensiv daran, die ohnehin knappen Ressourcen bei Schienennetz, Fahrzeugen und Personal in Einklang mit einem attraktiven und leistungsfähigen ÖPNV zu bringen. Für den Kreishaushalt 2024 bedeutet das konkret, dass wir bis zu 16,4 Mio. € für den ÖPNV bereitstellen. Diesen erhöhten Ausgaben stehen Erträge von 7,1 Mio. € gegenüber. Damit investieren wir im Jahr 2024 rund 41 € je Einwohner in unser Mobilitätsangebot vor Ort. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 waren es noch 26 € pro

Einwohner. Wir werden versuchen, im Bereich Baden-Baden/Sinzheim ein modellhaftes On-Demand-Konzept umzusetzen. Im Busverkehr werden wir die grenzüberschreitende Elsassbuslinie noch stärker bewerben und den Samstagsverkehr der Linie 207 von Baden-Baden nach Sinzheim betrieblich aufwerten. Der Einsatz von E-Bussen bei unseren Beförderungsunternehmen wird sukzessive ausgebaut. Mit der Überführung des JugendticketBW in das rabattierte Deutschlandticket wurde zum 1. Dezember 2023 eine weitere tarifliche „Großmaßnahme“ durch den KVV umgesetzt. Neben diesen „laufenden Projekten“ setzen wir uns auch intensiv mit wegweisenden Weichenstellungen des SPNV-Angebots auseinander. So erwarten wir im Jahr 2024 erste Ergebnisse der Vorplanung zum partiellen zweigleisigen Ausbau der Murgtalbahn, der insbesondere für alle Städte und Gemeinden an der Strecke eine große Chance darstellt.

Folie 14: Infrastruktur

Neben der Schiene dürfen wir aber auch unsere Infrastruktur für den Individualverkehr und die Liegenschaften nicht vergessen. Die Planung für das Jahr 2024 sieht einen Haushaltsansatz für Deckenmaßnahmen, Brückensanierungen und Felssicherung von 3,5 Mio. € vor. Für den Unterhalt der Radwege haben wir zudem 100.000 € veranschlagt. Jedoch werden wir aus dem Budget der Straßenunterhaltung einen Beitrag von mindestens 600.000 € zur Erwirtschaftung des globalen Minderaufwands vorerst sperren müssen. Mit gezielten Investitionen von rd. 7,3 Mio. € in den **Tiefbau** schaffen wir Werte, die unser Kreisstraßen- und Radwegenetz nachhaltig verbessern. Exemplarisch nenne ich hier den Radweg an der K 3735 zwischen Schwarzach und der L 75 oder die Hangsanierung in Bermersbach. Im Jahr 2024 werden wir zudem die Ausschreibung für eine Zustandserfassung und -bewertung unseres Kreisstraßennetzes auf den

Weg bringen. Aufbauend auf den Ergebnissen erstellen wir eine neue Prioritätenliste, die wir dann konsequent abarbeiten. Die Priorisierung ist dringend notwendig, da einige Bauwerke bereits jetzt in stark sanierungsbedürftigem Zustand sind und weitere Temporeduzierungen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit drohen.

Beim **Hochbau** werden wir mit einem Budget von rd. 5,1 Mio. € unsere Kreisschulen und Verwaltungsgebäude unterhalten. Weitere 5,5 Mio. € werden wir in Hochbaumaßnahmen investieren. Hiervon fließen rd. 73 % in die Gebäude der Kreisschulen. Unter anderem schließen wir im Jahr 2024 endlich die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen an der Anne-Frank-Schule Rastatt mit rund 1,1 Mio. € und der Carl-Benz-Schule Gaggenau mit rund 700.000 € ab. Des Weiteren könnten wir, nach Sicherstellung der Finanzierbarkeit, die Generalsanierung des Technischen Gymnasiums an der Josef-Durler-Schule Rastatt mit 1,3 Mio. € starten. Hierüber wollen wir, wie angekündigt, in der anstehenden Haushaltsdebatte diskutieren und eine gemeinsame Entscheidung für den Bildungsstandort Rastatt treffen.

Folie 15: Finanzierung Schulträgeraufgaben

Von der Schiene, über die Straßen und Gebäude kommen wir abschließend zu unseren Kreisschulen. Zum Abschluss meiner Rede möchte ich John F. Kennedy zitieren: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Ganz in diesem Sinne sollten wir uns ins Bewusstsein rufen, dass die Bemühungen zum Erhalt und Ausbau unserer Bildungsangebote die Chancen und Perspektiven der nächsten Generation maßgeblich beeinflussen werden. Dieser Einsatz für unsere junge Generation lohnt sich allemal. Daher planen wir, 27,8 Mio. € für die rund 7.810

Schülerinnen und Schüler der kreiseigenen Schulen einzusetzen. Das sind knapp 10 % unseres Kreishaushalts. Geld, das aus unserer Sicht gut angelegt ist. Einen kleinen Wermutstropfen gibt es in diesem Zusammenhang: Der Landkreis räumt seinen 14 Schulen ein jährliches Gesamtbudget von rund 3,2 Mio. € zur selbstständigen Bewirtschaftung ein. Der im Haushaltsplan vorgesehene globale Minderaufwand zwingt uns jedoch dazu, das Schulbudget mit einer anteiligen Bewirtschaftungssperre von 20% zu belegen, um einen Konsolidierungsbeitrag zu erwirtschaften.

Mit Blick auf die Zahlen bildet der Schulbetrieb mit 19,5 Mio. € den größten Teil unseres Budgets für die Kreisschulen ab. Mit knapp 800.000 € für EDV und Telekommunikation und den Mitteln aus dem „DigitalPakt Schule“ wurde das Budget für digitales Lernen mit 3,7 Mio. € in der Laufzeit von 2020 bis 2024 deutlich erhöht. Für 2024 ist vorgesehen, alle noch offenen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 437.000 € umzusetzen.

Folie 16: Abschluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Kreistags, angesichts der immer wieder beeindruckenden Vielfalt unserer Aufgaben konnte ich in meiner Rede nur einen Teil der Herausforderungen darstellen. Ich lade Sie ein, in einem Streifzug durch unseren ausführlichen Haushaltsplan 2024 tiefer in die genannten Themengebiete einzusteigen.

Im zurückliegenden Jahr haben wir uns gemeinsam und mit großem Engagement für die Belange des Landkreises eingesetzt. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle meinen herzlichen Dank dafür aussprechen, dass Sie stets

das Wohl des Landkreises und dessen Einwohnerinnen und Einwohnern in den Fokus Ihres kommunalen Wirkens gestellt haben.

In diesem, von mir skizzierten anspruchsvollen Umfeld wird es wichtiger sein denn je, dass die Kreisgremien und die Landkreisverwaltung vertrauensvoll zusammenarbeiten. Darauf durften wir bisher stets setzen – für den im nächsten Jahr neu gewählten Kreistag hoffe ich darauf in gleicher Weise.

Mein aufrichtiger Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung, die in gewohnt professioneller Weise ihre Beiträge zu diesem Haushaltsentwurf geleistet haben. Wir sind gespannt auf die anstehenden Beratungen mit Ihnen.